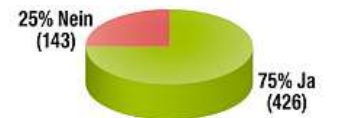


## Frage des Tages

Ist es berechtigt, den Spital-Deal an den Univervertrag zu koppeln?

Die Basler Regierung will die Spitalfusion nur, wenn Baselland den Univervertrag nicht kündigt. Ist das berechtigt? [www.baz.ch](http://www.baz.ch)

Das Ergebnis der Frage von gestern:  
**Sollen die Häfen wirtschaftlicher arbeiten müssen?**



# Spital-Deal steht bereits vor dem Scheitern

Basler wollen Fusion der Gesundheitshäuser nur, wenn Baselland beim Univervertrag keine Kürzungen vornimmt



**Gespielte Partnerschaft.** Hinter verschlossenen Türen konfrontiert Lukas Engelberger den Baselbieter Kollegen Thomas Weber mit harten Forderungen. Foto D. Plüss

Von Joël Hoffmann und Christian Keller

**Basel/Liestal.** Gestern bis 17.10 Uhr durften alle jubeln, die seit Jahren eine bessere Zusammenarbeit zwischen den beiden Basel im Gesundheitswesen verlangen. Doch dann wichen all die Hoffnungen – mehr Effizienz, tiefere Kosten, günstigere Prämien – schrittweise der Ernüchterung und dem Frust. Denn um 17.11 Uhr gab das «Regionaljournal» von SRF bekannt, dass die Basler Regierung die gestern präsentierte Fusion zwischen dem Unispital Basel und dem Kantonsspital Baselland zu einer Trägerschaft an eine gewichtige Bedingung knüpft: Den Deal gebe es nur, wenn das Baselland den Univervertrag nicht künde.

Auf Nachfrage der BaZ gab sich der Basler Regierungssprecher Marco Greiner wortkarg. «Ich kann mich zu dieser Sache nicht äussern.» Den Radiobereich dementierte er jedoch nicht, was deutlich macht: Es handelt sich nicht um eine Falschmeldung. Dafür sprechen auch Informationen, welche die BaZ am Montagabend aus regierungsnahen Kreisen erhalten hat.

Im «Regionaljournal» sagte der Basler Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger (CVP) denn auch auf die Frage, was die Baselbieter Kündigung des Univertrags im Herbst für die neue Spitalgruppe bedeutet: «Dann würden wir vor einer sehr schwierigen Situation ste-

hen.» Mit anderen Worten: Engelberger und seine Basler Regierungskollegen sehen keine gemeinsame Spitalstrategie ohne gemeinsame Uni-Trägerschaft.

Im politischen Baselbiet herrscht die grosse Überraschung. Gestern noch verschickten diverse Parteien Stellungnahmen (siehe Artikel unten) zum «grossen Wurf», der mit der vertieften Partnerschaft in der regionalen Spitallandschaft bevorsteht. Von der Forderung der Städter wussten sie nichts. Konnten sie auch nicht: An der Pressekonferenz in Münchenstein zelebrierten Engelberger und sein Baselbieter

«Wir lassen uns nicht unter Druck setzen. Ultimaten sind ohnehin schlechte Ratgeber.»

Rolf Richterich, Fraktionschef FDP Baselland

Pendant Thomas Weber (SVP) Einigkeit. Kein Wort verloren sie über die zentrale Hürde, die mit der Verknüpfung zwischen Spital-Deal und Univertragsvertrag zu nehmen ist.

Auch im BaZ-Interview, in dem explizit nach den möglichen Stolpersteinen bei der Umsetzung der Spitalfusion gefragt wurde, liess Engelberger das existenzielle Thema Univertrags-Trägerschaft unerwähnt.

Mit ihrem Vorgehen stösst die Regierung in der Stadt die bürgerlichen Parteien auf der Landschaft vor den Kopf. Die Antworten, welche die BaZ erhielt, lassen bereits auf ein Scheitern der historischen Kooperation im Gesundheitswesen schliessen. Wirtschaftskammer-Direktor Christoph Buser, er ist Vizepräsident der Baselbieter Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission, spricht von einer «Drohung». «Wenn man diesen Plänen eine Chance geben will, sollte man sie nicht mit anderen Dossiers verknüpfen. Auch so wird eine Realisierung schon schwierig genug.»

### «Bedenkliches Vorgehen»

FDP-Fraktionschef Rolf Richterich pflichtet Buser bei: «Wir lassen uns nicht unter Druck setzen. Ultimaten sind ohnehin schlechte Ratgeber für Partnerschaften. Die FDP will wie der Baselbieter Regierungsrat alle Verträge mit der Stadt neu verhandeln. Dazu gehört auch der Univervertrag.» Offensichtlich betreibe der Basler Regierungsrat einen «Verhandlungspoker», den er bedaure und den man nicht überbewerten solle, sagt Richterich.

Die CVP äussert sich ähnlich. Parteipräsident Marc Scherrer hält fest: «Ich finde es bedenklich, wenn man einen Schritt in Richtung Zusammenarbeit machen will und dann solche Bedingungen stellt. Das schreckt ab.» Das

Thema Spitalfusion habe nichts mit dem Univervertrag zu tun. «Es handelt sich um komplett verschiedene Geschäfte, die man differenziert betrachten muss.» Für Scherrer wird das Verhalten der Städter die Beziehungen belasten: «Befremdend ist, dass in den offiziellen Medienmitteilungen zu diesem Aspekt keine Angaben enthalten waren.»

Noch abwarten will die Partei von Regierungsrat Thomas Weber. SVP-Landrat Hanspeter Weibel sagt, man habe aktuell noch keine Bestätigung vorliegen, dass die Basler Regierung die Veränderungen im Spitalwesen an den

«Ich finde es bedenklich, wenn man solche Bedingungen stellt. Das schreckt ab.»

Marc Scherrer, Parteipräsident CVP BL

Univervertrag knüpfe. «Sollte dies aber tatsächlich die Meinung des Regierungsrats sein, wird es in der Tat sehr schwierig für die gemeinsame Spitalplanung.»

Die Baselbieter SP steht derweil hinter der Basler Regierung: «Für uns ist diese Verknüpfung von Univervertrag und Spital nachvollziehbar. In einer Partnerschaft kann man nicht nur Rosinen picken», sagt Fraktionschefin Kathrin Schweizer.

## Kommentar

### Gefährliches Pokerspiel

Von Joël Hoffmann

Es ist absurd: Die Gesundheitsdirektoren Lukas Engelberger (CVP, BS) und Thomas Weber (SVP, BL) raufen sich zusammen und stellen in nur wenigen Monaten eine Spitalstrategie beider Basel auf die Beine. Sie präsentieren de facto eine Fusion zwischen dem Unispital und dem Kantonsspital Baselland. Grossartig! Bravo! Es keimt die Hoffnung auf, dass es die beiden Politiker tatsächlich schaffen könnten, die Überkapazitäten abzubauen und damit vielleicht sogar den Prämienanstieg zu dämpfen.



Doch das zarte Pflänzchen ist noch ein Setzling, wurde gerade erst gestern eingetopft, hat noch kaum Wurzeln geschlagen und schon hat der Bebbi die Blume zertrampelt. Mit seiner Forderung, die Spitalstrategie an den Univervertrag zu koppeln, stösst er den Baselbieter vor den Kopf. Nicht nur das: Gestern an der Pressekonferenz haben Engelberger und Weber auf die Fragen nach Hürden diesen zentralen Punkt unterschlagen.

Dachte Weber, eine derart gewichtige Bedingung durch die Stadt sei nicht der Rede wert? Oder hält er die Forderungen aus Basel für richtig? Fakt ist: Der Basler Regierungssprecher Marco Greiner wollte in dieser Sache kein Dementi abgeben. Ein klares Zeichen. Und Recherchen der BaZ ergeben ein ähnliches Bild wie das des «Regionaljournals».

Man kann als Basler oder Baselbieter zum Univervertrag stehen wie man will – aber dieser Vertrag ist nicht das Thema. Und offenbar ist unsere Gesundheit den Regierungsräten nur ein Politpoker wert – schade.

joel.hoffmann@baz.ch

# So wollten beide Basel ihre Spitäler zusammenlegen

Regierungsräte machten noch gestern Morgen den Weg frei für eine Fusion von Unispital und Kantonsspital Baselland

Von Joël Hoffmann

**Basel/Liestal.** Vor versammelter Medienschar verkündeten gestern Morgen die beiden Gesundheitsdirektoren Lukas Engelberger (CVP, BS) und Thomas Weber (SVP, BL) die Fusion von Kantonsspital Baselland (KSBL) und Universitätsspital Basel (USB). Sie stellten ihre neue, grenzüberschreitende Spitalstrategie vor, über welche die BaZ bereits am Samstag berichtet hatte. Zwar ist diese Spitalstrategie bereits wieder gefährdet (siehe oben), obwohl sie ein grosser Wurf wäre.

Konkret sollen die drei Spitäler des KSBL (Liestal, Bruderholz, Laufen) und das USB unter dem Dach einer gemeinsamen Spitalgruppe vereint werden. Unter dem Namen TOP wird eine Tagesklinik für operative und interventionelle Eingriffe auf dem Bruderholz gebaut. Das bestehende Bettenhaus wird abgerissen. Auf dem Bruderholz steht das ambulante Geschäft im Zentrum. Im Gegenzug wird das stationäre Angebot, also die Eingriffe mit länge-

rem Aufenthalt, in Basel und Liestal konzentriert. In Laufen soll ein «bedarfsorientiertes» Gesundheitsnetzwerk entstehen. Das Spital Laufen würde also seine Patienten für Eingriffe an die anderen Standorte weiterleiten.

### Volkstimmabstimmung möglich

«Wir stehen heute an einem Meilenstein», sagte Weber. Das Ziel ist, dass beide Basel gemeinsam das Kostenwachstum im Spitalbereich dämpfen und die Hochschulmedizin längerfristig sichern können. «Wir setzen politische Leitplanken, innerhalb derer die Spitalleitungen der öffentlichen Spitäler ihre unternehmensstrategischen und operativen Entscheide treffen müssen», fuhr Weber fort. Konkret sollen durch den Zusammenschluss der Spitäler und die Aufgabenteilung Doppelspurigkeiten abgebaut werden, sodass gewisse Eingriffe nicht mehr an drei Standorten durchgeführt werden, sondern nur noch an einem oder zwei. Damit werden Infrastrukturkosten gespart – Kosten, die sich die Spitäler künftig teilen

können. Am Ende soll auch der Prämien- und Steuerzahler profitieren. Mit dem Bruderholzspital setzen die beiden Regierungen auf ein ausgebautes ambulantes Angebot. Da mehr und mehr Eingriffe ambulant durchgeführt werden können und ambulante Behandlungen günstiger sind als ein mehrtägiger Aufenthalt im Spital, könnten die Kosten generell sinken. Zudem rechnen Weber und Engelberger mit stetig sinkenden Baserates, also Preisen für die stationäre Spitalbehandlung. Um mit weniger Einnahmen überleben zu können, ist der Abbau von teuren Doppelspurigkeiten unumgänglich.

Die Verwaltungsräte von USB und KSBL wurden beauftragt, bis Ende drittes Quartal 2016 konkrete Vorschläge für die Gestaltung einer gemeinsamen Spitalgruppe inklusive Konzept für die Tagesklinik auf dem Bruderholz auszuarbeiten. Dann werden die Regierungen entscheiden, wie es weitergeht. Es gibt verschiedene Möglichkeiten. Thomas Weber würde gerne den Landrat im Rücken haben und favorisiert also den

Weg über einen Staatsvertrag. Wenn alle Details auf dem Tisch liegen, insbesondere über die Finanzierung der Neubauten, könnte der politische Widerstand letztlich zu einer Volksabstimmung führen.

Die Grünen aus Stadt und Land bezeichnen die Pläne der Regierungen als «ersten Schritt für eine sinnvolle Spitalplanung». Sie befürchten jedoch bereits einen Scherbenhaufen, falls nicht transparent über die möglichen künftigen finanziellen Verpflichtungen informiert wird. Die Kooperation könne zudem nur zustande kommen, wenn bestehende Partnerschaften wie zum Beispiel der Univervertrag nicht infrage gestellt werden.

### Kritische Baselbieter Genossen

Die CVP Basel-Stadt und Baselland unterstützen das Spitalkonzept und sind «hoherfreut», dass sowohl lokale Bedürfnisse als auch die Kosten berücksichtigt werden. Die CVP wartet nun auf detaillierte Informationen. Ebenso wie die FDP Basel, die das Projekt ebenfalls

begrüsselt und sich nun eine «rasche Konkretisierung der vorgestellten Offensive» wünscht.

Kritischer kommunizieren die Baselbieter Genossen. Die SP Baselland begrüsst zwar in einer Mitteilung, dass eine gemeinsame Spitalgruppe gegründet werden soll. Sie kritisiert jedoch die Regierungen, zu wenig Informationen geliefert zu haben. Viele Fragen seien noch offen. Die SP fordert, dass die Parlamente einbezogen werden und über die Fusion entscheiden.

Für den Baselbieter SVP-Präsidenten Oskar Kämpfer ist die neue Spitalstrategie nicht der grosse Wurf. «Ich habe gedacht, dass das Schwarzbubenland und das Fricktal auch in diese überregionale Planung miteinbezogen werden», sagt er auf Anfrage. Die Spitalstrategie sei für ihn noch keine Fusion und er sei gespannt, ob die finanziellen Ziele erreicht werden können und ob es gelingen kann, dass die Basler Patienten für die ambulanten Behandlungen auf das Bruderholz kommen. 2016 sollen die konkreten Konzepte vorliegen.